

Die FDK empfiehlt die Vollgeld-Initiative zur Ablehnung

Medienmitteilung

Bern, 17. April 2018. Die Volksinitiative ist ein gefährliches Experiment mit dem Schweizerfranken. Sie blendet realpolitische Erfahrungen aus und vermengt Geld- und Finanzpolitik. Sie löst die finanzpolitischen Herausforderungen der öffentlichen Haushalte nicht und gefährdet die Unabhängigkeit der SNB.

Politische Erfahrung ausgeblendet

Die Volksinitiative hält zwar fest, dass die SNB unabhängig nur dem Gesetz verpflichtet bleibe. Ob diese Absicht den Test der Realpolitik bestehen wird, ist jedoch fraglich. Das Parlament kann – unkontrolliert durch ein Verfassungsgericht - die Unabhängigkeit der SNB durch eine Abänderung des Notenbankgesetzes aufheben, ihr Vorgaben machen und z.B. die Vermischung geld- und finanzpolitischer Kriterien gesetzlich vorsehen. Solche Versuche steigen, je bedeutender die Mittel sind, welche Bund und Kantone von der SNB erhalten würden. Einmal erschlossene und sprudelnde Geldquellen wecken finanzpolitische Begehrlichkeiten. Je weniger Widerstände die bessere Erschliessung einer Geldquelle bietet, umso eher wird sie verwendet und gar mit Zweckbindungen versehen, sei es z.B. für die Sozialversicherungen, den Verkehrsbereich oder andere Politikbereiche. Es ist fraglich, ob die erhofften Geldschöpfungsgewinne Bund und Kantonen zweckfrei zuflössen oder die Kantone und die Bürgerinnen und Bürger überhaupt etwas davon zu sehen bekämen. Politische Finanzierungswünsche und Verteilungskämpfe könnten eine an Preisstabilität orientierte Geldpolitik verunmöglichen.

Erschwerte Finanzpolitik der Kantone und gefährdete Unabhängigkeit der SNB

Wenn die SNB aus geldpolitischen Gründen mehr Geld als finanzpolitisch notwendig ausschüttet, könnte dieses überschüssend in höhere Ausgaben, tiefere Steuern oder den Schuldenabbau fließen. Wenn die SNB umgekehrt aus geldpolitischen Überlegungen weniger Vollgeld in Umlauf bringen will, würde dies die Finanzierung staatlicher Aufgaben berühren und/oder die Erhöhung von Steuern und/oder Schulden erforderlich machen. Die Nachhaltigkeit (langfristiger Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben) der Staatsfinanzierung könnte dadurch gefährdet werden. Die Verstetigung der Mittelflüsse von der SNB zu den Kantonen würde anspruchsvoller.

Eine direkte Verteilung von neu hergestelltem Geld an Bund und Kantone würde bedeuten, dass die SNB die öffentlichen Haushalte finanziert. Heute verbietet das Nationalbankgesetz im Artikel 11 die Finanzierung des Bundes durch die SNB. Diese Trennung von Finanz- und Geldpolitik würde durch die Initiative untergraben. Würde sich der Staat über längere Zeit teilweise über Geldschöpfungsgewinne finanzieren, würde dies eine Anspruchshaltung und Abhängigkeit gegenüber der SNB begründen. Die SNB würde unter erhöhten politischen

Druck kommen, der ihre Unabhängigkeit in Frage stellen könnte. Die besten Voraussetzungen für Preisstabilität und eine effiziente Durchführung der Geldpolitik sind eine unabhängige Zentralbank sowie das Verbot der Finanzierung der öffentlichen Haushalte mit von der Zentralbank geschöpftem Geld.

Die Volksinitiative "Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)" verlangt unter anderem erstens, dass die Banken kein Buchgeld mehr schaffen können und das Geldschöpfungsmonopol der SNB auf das Buchgeld ausgeweitet wird. Zweitens will sie, dass die SNB Geld "schuldfrei" schafft, d.h. dem Bund, den Kantonen oder den Bürgerinnen und Bürgern das Geld direkt zuteilt, ohne im Gegenzug dafür wie heute Vermögenswerte wie Devisen, Gold oder Wertpapiere zu erwerben.

Obschon die Kantone gemäss Bundesverfassung über keine Kompetenzen im Bereich der Geld- und Währungspolitik (Art. 99 BV) oder des Finanzmarkts (Art. 98 BV) verfügen, sind sie vorab als Aktionäre und Empfänger der Gewinnausschüttungen der SNB von der Initiative betroffen.

Kontakt:

- Regierungsrat Charles Juillard, Präsident FDK, +41 79 722 39 72
- Regierungsrätin Eva Herzog, Vizepräsidentin FDK, +41 79 790 34 79